

**Richtlinie des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz über die Gewährung von staatlichen Zuwendungen aus dem Aufbauhilfefonds des Bundes und der Länder für ein „Aufbauhilfeprogramm zur Beseitigung von Schäden infolge des Hochwassers vom 18. Mai bis zum 4. Juli 2013 in Thüringen in der Landwirtschaft und der Fischerei“
(Wiederaufbauhilferichtlinie Landwirtschaft und Fischerei 2013)**

Teil A

Zuschüsse für landwirtschaftliche Unternehmen (einschließlich Gartenbau)

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1.1 Das Land Thüringen gewährt mit Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage

- des Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001,
- der Grundsätze für eine nationale Rahmenrichtlinie zur Gewährung staatlicher Zuwendungen zur Bewältigung von durch Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse verursachte Schäden in der Landwirtschaft vom 6. Juni 2013,
- des Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2401),
- der Aufbauhilfeverordnung – AufbhV,
- dem Thüringer Aufbauhilfefondsgesetz vom 12. Juli 2013 (GVBl. S. 162),
- der Thüringer Aufbauhilfefondsverordnung – ThürAufbhVVO sowie
- der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Festlegung von einheitlichen Maßstäben zur Verwendung der Mittel des Fonds „Aufbauhilfe“ für Maßnahmen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 2 Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetz in den vom Hochwasser betroffenen Ländern

nach Maßgabe dieser Richtlinie unter Beachtung der §§ 23 und 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO), der hierzu geltenden Verwaltungsvorschriften des Thüringer Finanzministeriums sowie der §§ 48, 49, 49a Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz Zuwendungen zum Ausgleich von Schäden in landwirtschaftlichen Unternehmen, die infolge des Hochwassers vom 18. Mai bis zum 4. Juli 2013 verursacht wurden.

1.2 Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1.3 Ziel ist der Wiederaufbau hochwasserbedingten Überschwemmungsschäden im Freistaat Thüringen im Zeitraum vom 18. Mai bis 4. Juli 2013 in landwirtschaftlichen Unternehmen. Die Zielerreichung wird nach Maßgabe der vom Bund vorgegebenen Indikatoren bestimmt.

2. Gegenstand der Förderung

Fördergegenstand ist der Ausgleich von hochwasserbedingten Schäden, einschließlich der Kosten für deren Beseitigung und zugehörigen Vorarbeiten, die unmittelbar durch das Hochwasser vom 18. Mai bis zum 4. Juli 2013 verursacht wurden und nicht versichert waren.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Gefördert werden Unternehmen mit Betriebssitz in Thüringen, unbeschadet der gewählten Rechtsform, die im Sinne der Empfehlungen 2003/361/EG der Europäischen Kommission Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) sind und deren Geschäftstätigkeit die Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse einschließlich Imkerei und Wanderschäfferei umfasst. Unabhängig davon werden Unternehmen gefördert, wenn sie einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen.

3.2 Nicht gefördert werden Unternehmen, bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 % des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt.

3.3 Von einer Förderung ausgeschlossen sind:

- Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten sowie
- Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt nicht Folge geleistet haben.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist der Nachweis von Schäden im Unternehmen in Höhe von mindestens 2.000 EUR, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Hochwasserereignissen vom 18. Mai bis zum 4. Juli 2013 stehen.

4.2 Der Gesamtschaden des Zuwendungsempfängers ergibt sich aus der Summe der Schäden an zum Betrieb gehörenden Gebäuden, Einrichtungen und Anlagen, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten sowie am Tierbestand und durch Verlust des Naturalertrages.

Notwendige Raufutterzukaufe in der Tierhaltung werden in gleicher Weise behandelt.

Als Schäden gelten auch Wiederherstellungsaufwendungen einschließlich Aufräumarbeiten auf Produktions- und Gebäudeflächen sowie Nebenkosten der Schadensermittlung (z. B. Gutachterkosten eines öffentlich bestellten Sachverständigen, wenn diese für die Schadensfeststellung nach dieser Richtlinie notwendig sind).

Notwendige Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten durch Erwerb einer gleichartigen neuen Sache werden mit einem Abzug von bis zu 30% der Ausgaben für die Ersatzbeschaffung angerechnet.

4.3 Nicht beihilfefähig sind:

- Eigenleistungen,
- entgangener Gewinn, Produktions- oder Verdienstausschlag,
- Schäden, die durch andere Hilfsprogramme abgegolten werden,
- Wertminderung des Anlagevermögens,
- Mehrwertsteuer,
- Schäden, die wegen des Verstoßes gegen Vorschriften zum Schutz vor Hochwassergefahren in festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten eingetreten sind.

4.4 Der Schaden an betroffenen Kulturen wird auf der Ebene des Einzelunternehmens berechnet. Es werden die in der Anlage 1 aufgeführten Durchschnittswerte angewendet. Bei Teilschäden werden die Werte entsprechend reduziert.

Von den Durchschnittswerten ist nur dann abzuweichen, wenn der individuelle Schaden deutlich darüber liegt. Dies ist durch Gutachten eines öffentlich bestellten Sachverständigen zu belegen.

Für Grünland wird eine Schadensgrenze von 60 % des Jahresertrages angenommen. Im Falle der Zerstörung der Grasnarbe bzw. flächigen Überlagerung mit Geröll, Schotter u. ä. kann eine höhere Schadensgrenze bis 100 % zugrunde gelegt werden.

4.5 Schäden an Kulturen, die nicht mit den Durchschnittswerten nach Ziffer 4.4 bewertet werden können, sind durch amtliche Feststellung oder durch Gutachten eines öffentlich bestellten Sachverständigen zu belegen.

4.6 Schäden von mehr als 100.000 EUR je Zuwendungsempfänger sind durch Gutachten eines öffentlich bestellten Sachverständigen nachzuweisen.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

5.1 Zuwendungs-/Finanzierungsart, Form der Zuwendung

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt.

5.2 Höhe der Zuwendungen

Die Höhe der Zuwendung beträgt bis zu 80 % des Gesamtschadens nach Ziffern 4.2 und 4.3. Die Zuwendung darf nicht zu einer Überkompensation des Gesamtschadens führen. Der Gesamtschaden gemäß Ziffern 4.2 und 4.3 wird daher um folgende Beträge verringert:

- a) etwaige Versicherungszahlungen,
- b) aufgrund des Hochwassers Mai/Juni 2013 nicht entstandene Kosten,
- c) Zuwendungen aus anderen Hilfsprogrammen sowie
- d) Spenden.

Zuwendungen aus der Soforthilferichtlinie Land- und Forstwirtschaft 2013 sind auf die Zuwendung nach dieser Richtlinie anzurechnen.

6. Verfahren

6.1 Antragstellung

Anträge sind unter Verwendung der vorgesehenen Vordrucke bis spätestens zum

31. März 2014 (Ausschlussfrist):

- für landwirtschaftliche Betriebe bei dem für den Betriebssitz zuständige Landwirtschaftsamt sowie
- für gartenbauliche Unternehmen bei der Lehr- und Versuchsanstalt Gartenbau Erfurt als Antragsbehörden einzureichen.

6.2 Bewilligungsverfahren

Die Antragsbehörden prüfen den Antrag einschließlich der Plausibilität der Angaben und stellen auf Wunsch des Antragstellers die Schadenshöhe für Schäden durch Verlust des Naturalertrages fest.

Die Antragsbehörden erfassen die Antragsangaben und übermitteln die Antragsunterlagen und erfassten Daten mit einer Entscheidungsvorlage der Bewilligungsbehörde.

Bewilligungsbehörde ist die Thüringer Aufbaubank. Die Bewilligungsbehörde entscheidet unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 30. Juni 2014 über die eingereichten Anträge und erlässt die entsprechenden Bescheide.

Die Bewilligung erfolgt:

- im Falle von Schäden an zum Betrieb gehörenden Gebäuden, Einrichtungen und Anlagen, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten sowie am Tierbestand auf der Grundlage von eingereichten Rechnungen, Gutachten eines öffentlich bestellten Sachverständigen oder Kostenvoranschlägen,
- im Falle von Schäden durch Verlust des Naturalertrages auf der Grundlage der mit dem Antrag eingereichten Schadensermittlungen durch amtliche Feststellung oder Gutachten eines öffentlich bestellten Sachverständigen.

Im Bewilligungsverfahren ist dafür Sorge zu tragen, dass keine Überkompensation von Schäden erfolgt. Die Auszahlung wird insbesondere für den Fall unter Rückforderungsvorbehalt gestellt, dass Leistungen durch Dritte erbracht werden und hierdurch eine Überkompensation des Schadens bewirkt wird. In diesem Fall ist eine entsprechende Kürzung des Zuschusses vorzunehmen.

6.3 Auszahlungsverfahren

Auszahlungen können bis spätestens zum 31. Dezember 2014 vorgenommen werden. Sie erfolgen nur bei Nachweis der tatsächlichen Schadenshöhe. Dieser Nachweis erfolgt durch Vorlage entsprechender Rechnungen, Zahlungs- oder anderer Belege.

Auszahlungen können in bis zu drei Teilauszahlungen vorgenommen werden.

6.4 Verwendungsnachweisverfahren

Innerhalb von drei Monaten nach der letzten Auszahlung hat der Zuwendungsempfänger einen einfachen Verwendungsnachweis gemäß ANBest-P hinsichtlich der Ausgaben zur Schadensbeseitigung der Bewilligungsbehörde vorzulegen.

Teil B

Zuschüsse für Unternehmen der Aquakultur

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1.1 Das Land Thüringen gewährt mit Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage

- des Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetzes vom 5. Juli 2013 (BGBl. I S. 2401),
- der Aufbauhilfeverordnung – AufbhV,
- dem Thüringer Aufbauhilfefondsgesetz vom 12. Juli 2013 (GVBl. S. 162),
- der Thüringer Aufbauhilfefondsverordnung – ThürAufbhFVO sowie
- der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Festlegung von einheitlichen Maßstäben zur Verwendung der Mittel des Fonds „Aufbauhilfe“ für Maßnahmen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 2 Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetz in den vom Hochwasser betroffenen Ländern

nach Maßgabe dieser Richtlinie unter Beachtung der §§ 23 und 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO), der hierzu geltenden Verwaltungsvorschriften des Thüringer

Finanzministeriums sowie der §§ 48, 49, 49a Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz Zuwendungen zum Ausgleich von Schäden in Unternehmen der Aquakultur, die infolge des Hochwassers vom 18. Mai bis zum 4. Juli 2013 verursacht wurden.

1.2 Bei der Förderung handelt es sich um eine De-minimis Beihilfe im Fischereisektor nach der Verordnung (EG) Nr. 875/2007 der Kommission vom 24. Juli 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Fischereisektor.

1.3 Ein Rechtsanspruch auf die Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1.4 Ziel ist der Wiederaufbau hochwasserbedingten Überschwemmungsschäden im Freistaat Thüringen im Zeitraum vom 18. Mai bis 4. Juli 2013 in Unternehmen der Aquakultur. Die Zielerreichung wird nach Maßgabe der vom Bund vorgegebenen Indikatoren bestimmt.

2. Gegenstand der Förderung

Fördergegenstand ist der Ausgleich von hochwasserbedingten Schäden, einschließlich der Kosten für deren Beseitigung und dazugehörigen Vorarbeiten, die unmittelbar durch das Hochwasser vom 18. Mai bis zum 4. Juli 2013 verursacht wurden und nicht versichert waren.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Gefördert werden Unternehmen mit Betriebssitz in Thüringen, unbeschadet der gewählten Rechtsform, die im Sinne der Empfehlungen 2003/361/EG der Europäischen Kommission Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) sind und deren Geschäftstätigkeit die Primärproduktion der Aquakultur umfasst.

3.2 Nicht gefördert werden Unternehmen, bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 % des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt.

3.3 Von einer Förderung ausgeschlossen sind:

- Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten sowie
- Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt nicht Folge geleistet haben.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist der Nachweis von Schäden im Unternehmen in Höhe von mindestens 2.000 EUR, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Hochwasserereignissen vom 18. Mai bis zum 4. Juli 2013 stehen.

4.2 Der Gesamtschaden des Zuwendungsempfängers ergibt sich aus der Summe der Einkommensminderungen und der Schäden an Gebäuden, Einrichtungen und Anlagen, Maschinen und Geräten, eingelagertem Futter sowie an den Fischen und Fischerzeugnissen.

Daraus notwendige Futterzukäufe in der Aquakultur werden wie Einkommensminderungen behandelt.

Als Schäden gelten auch Wiederherstellungsaufwendungen einschließlich Aufräumarbeiten auf Produktions- und Gebäudeflächen sowie Nebenkosten der Schadensermittlung (z. B. Gutachterkosten, wenn diese für die Schadensfeststellung nach dieser Richtlinie notwendig sind).

Notwendige Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten durch Erwerb einer gleichartigen neuen Sache werden mit einem Abzug von bis zu 30% der Ausgaben für die Ersatzbeschaffung angerechnet.

4.3 Nicht beihilfefähig sind:

- Eigenleistungen,
- entgangener Gewinn, Produktions- oder Verdienstaufschlag,
- Schäden, die durch andere Hilfsprogramme abgegolten werden,
- Wertminderung des Anlagevermögens,
- Mehrwertsteuer,
- Schäden, die wegen des Verstoßes gegen Vorschriften zum Schutz vor Hochwassergefahren in festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten eingetreten sind.

4.4 Die Einkommensminderung wird für alle von der Überschwemmung betroffenen Teiche und Anlagen zur Aufzucht oder Haltung von Fischen auf der Ebene des Einzelunternehmens berechnet. Die Schäden sind durch öffentlich bestellte Sachverständige zu ermitteln.

4.5 Eine Betroffenheit durch das Hochwasser vom 18. Mai bis zum 4. Juli 2013 ist durch entsprechende Daten und Unterlagen zu belegen.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

5.1 Zuwendungsart

Die Zuwendung wird in Form einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt.

5.2 Höhe der Zuwendungen

Die Höhe der Zuwendung beträgt bis zu 80 % des Gesamtschadens nach Ziffern 4.2 und 4.3.

Die Zuwendung darf nicht zu einer Überkompensation des Gesamtschadens führen. Der Gesamtschaden gemäß Ziffern 4.2 und 4.3 wird daher um folgende Beträge verringert:

- a) etwaige Versicherungszahlungen,
- b) aufgrund des Hochwassers Mai/Juni 2013 nicht entstandene Kosten,
- c) Zuwendungen aus anderen Hilfsprogrammen sowie
- d) Spenden.

Zuwendungen aus der Soforthilferichtlinie Land- und Forstwirtschaft 2013 sind auf die Zuwendung nach dieser Richtlinie anzurechnen.

Der Zuwendungsempfänger hat gegenüber der zuständigen Bewilligungsbehörde alle aufgrund des Schadereignisses erhaltenen oder beantragten Zuwendungen, Zahlungen oder sonstigen geldwerten Leistungen Dritter und ersparte Aufwendungen offenzulegen. Für die Zuwendungen, einschließlich derer, die im maßgeblichen Dreijahreszeitraum für den einzelnen Aquakulturbetrieb den De-minimis-Höchstbetrag von 30.000 EUR gemäß "Verordnung (EG) Nr. 875/2007 der Europäischen Kommission vom 24. Juli 2007 über die Anwendungen der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Fischsektor" übersteigen, ist eine Einzelfallnotifizierung durch die Kommission vor Bewilligung erforderlich.

6. Verfahren

6.1 Antragstellung

Anträge sind unter Verwendung der vorgesehenen Vordrucke bis spätestens zum 31. März 2014 (Ausschlussfrist) bei der Thüringer Aufbaubank einzureichen.

6.2 Bewilligungsverfahren

Bewilligungsbehörde ist die Thüringer Aufbaubank, die unverzüglich, spätestens jedoch zum 30. Juni 2014 die Zuwendungsbescheide erlässt.

Die Bewilligung erfolgt auf der Grundlage eines Gutachtens eines öffentlich bestellten und vereidigten Fischereisachverständigen.

Im Bewilligungsverfahren ist dafür Sorge zu tragen, dass keine Überkompensation von Schäden erfolgt. Die Auszahlung wird insbesondere für den Fall unter Rückforderungsvorbehalt gestellt, dass Leistungen durch Dritte erbracht werden und hierdurch eine Überkompensation des Schadens bewirkt wird. In diesem Fall ist eine entsprechende Kürzung des Zuschusses vorzunehmen.

6.3 Auszahlungsverfahren

Auszahlungen können bis spätestens zum 31. Dezember 2014 vorgenommen werden. Sie erfolgen nur bei Nachweis der tatsächlichen Schadenshöhe. Dieser Nachweis erfolgt mittels Gutachten eines öffentlich bestellten Sachverständigen sowie bei Schäden an Wirtschaftsgütern durch Vorlage entsprechender Rechnungen, Zahlungs- oder anderer Belege.

Auszahlungen können in bis zu drei Teilauszahlungen vorgenommen werden. Dabei muss ein ggf. erforderlicher Zahlungsausgleich aufgrund der endgültig festgesetzten Zuwendung mit der letzten Teilauszahlung stattfinden.

6.4 Verwendungsnachweisverfahren

Innerhalb von drei Monaten nach der letzten Auszahlung hat der Zuwendungsempfänger einen Verwendungsnachweis gemäß ANBest-P der Bewilligungsbehörde vorzulegen.

Teil C

Gemeinsame Bestimmungen für Teil A und B

1. Haushaltsrechtliche Vorschriften und Prüfungsrechte

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die zuwendungsrechtlichen Vorschriften des Freistaates Thüringen, die sich insbesondere aus den §§ 23 und 44 ThürLHO einschließlich der dazu gültigen Verwaltungsvorschriften, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

Die Antrags- und Bewilligungsstellen sind berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern und zu prüfen sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen (§ 44 Abs. 1 Satz 3 ThürLHO).

Anlage 1

Für die Schadensberechnung an landwirtschaftlichen Kulturen gelten folgende Durchschnittswerte (Jahressatz):

Grünland	1.110 EUR/ha
Ackerfutter (ohne Mais)	1.250 EUR/ha
Mais	1.560 EUR/ha
Getreide	1.310 EUR/ha
Ölpflanzen	1.570 EUR/ha
Körnerleguminosen	770 EUR/ha
Zuckerrüben	2.660 EUR/ha
Kartoffeln	4.970 EUR/ha

Die Prüfungsrechte des Thüringer Rechnungshofes (§ 91 ThürLHO) bleiben davon unberührt. Der Bund und der Bundesrechnungshof oder deren Beauftragte können bei den Dienststellen des Freistaates Thüringen, die mit der Bewirtschaftung der Mittel befasst sind, sowie bei allen sonstigen Stellen, die der Freistaat Thüringen bei der Weitergabe der Mittel eingeschaltet hat, prüfen. Eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof oder dessen Beauftragte soll gemeinsam mit dem Landesrechnungshof im Sinne des § 93 Bundeshaushaltsordnung (BHO) erfolgen. Dieses Prüfungsrecht besteht auch gegenüber dem Zuwendungsempfänger und ist im Zuwendungsbescheid aufzunehmen.

2. Sonstige Bestimmungen

2.1 Um in den Zuwendungsbescheiden für die Zuwendungsempfänger deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass der Bewilligungsbetrag mit Unterstützung des Bundes zur Verfügung gestellt wurde, sind in den Antragsformularen und den Zuwendungsbescheiden entsprechende Hinweise aufzunehmen. Der vorzeitige Maßnahmenbeginn, ab Eintritt des Schadensereignisses (frühestens dem 18. Mai 2013), ist unschädlich für die Bezuschussung.

Der Zuwendungsempfänger hat Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben. Soweit möglich sind dazu mindestens drei Angebote einzuholen. Diese Bestimmungen sind im Zuwendungsbescheid aufzunehmen. Ziffer 3 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (Anlage 2 der VV Nr. 5.1 zu § 44 ThürLHO) findet keine Anwendung.

Die Bewilligungen stehen unter dem Vorbehalt einer Nachprüfung der Zuwendungsvoraussetzungen.

2.2 Die Fördermaßnahmen werden einer Zielerreichungskontrolle (Controlling) durch den Zuwendungsgeber gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 23 ThürLHO unterzogen.

2.3 Im Antrag und im Bewilligungsverfahren anzugebende Tatsachen sind subventionserheblich i.S. § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und § 1 ThürSubvG i.V.m. §§ 2- 6 SubvG in der jeweils gültigen Fassung. Unrichtige oder unvollständige Angaben sind strafbar. Eine Einstellung oder Unterdrückung von subventionserheblichen Tatsachen ist ggf. als Betrug im Sinne § 263 StGB strafbar.

3. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tage nach Ihrer Veröffentlichung im Thüringer Staatsanzeiger in Kraft und am 30. Juni 2015 außer Kraft.

Erfurt, den *14.08.13*

Roland Richwien

Staatssekretär

Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz